

Interpellation Nr. 101 (Januar 2010)

betreffend eskalierende Konfliktsituation in der Türkei. Herkunftsland vieler Menschen in der Basler Region

09.5358.01

Seit rund 60 Jahren kommen zahlreiche Menschen aus der Türkei in die Basler Region. Viele von ihnen sind kurdischer Herkunft. Ein grosser Teil von ihnen hat heute das schweizerische Bürgerrecht. Zu den Realitäten jeder Migration gehört es, dass die Zuwandernden in ihren Herkunftsländern ihnen nahe stehende Verwandte, Freunde, Bekannte zurücklassen. Unter anderem darum verfolgen sie alle mit Anteilnahme, in Kriegs- und Krisensituationen mit grossem Schmerz, weiterhin die politische Entwicklung in ihrer Heimat.

Die Menschen aus der Türkei haben sich mit der Realität auseinandersetzen, dass seit langem in den kurdisch geprägten Gebieten ein unerbittlicher Krieg herrscht. Während der vergangenen Jahre kam die Hoffnung auf Frieden auf. Zu einem grossen Teil hing dies damit zusammen, dass die kurdisch geprägten Bevölkerungsteile in vermehrtem Masse demokratische Handlungsspielräume nutzen konnten, um ihre Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen. Sie betreffen die Respektierung der kurdischen Sprachen und Kulturen, verstärkte Gemeindeautonomie und den sozialen und wirtschaftlichen Ausgleich zugunsten der benachteiligten kurdischen Regionen. Eine wichtige Rolle spielt dabei mit grossen Wahlerfolgen die kurdisch geprägte Partei für demokratischen Wandel (DTP).

Jetzt wird die Öffnung zunichte gemacht. Es droht darum eine erneute Eskalation des Krieges mit unabsehbaren Folgen. Geprägt wird diese Entwicklung durch die Verhaftung von mehr als 400 DTP-Verantwortlichen nach den für sie erfolgreichen Gemeindewahlen im März 2009. Nun folgt zudem das Verbot der kurdisch geprägten DTP durch das Verfassungsgericht, verknüpft mit dem Ausschluss mehrerer kurdischer Abgeordneter aus dem aktiven politischen Leben. "Unter dem Dach der Republik Türkei ist die DTP der natürliche Verhandlungspartner für die kurdische Frage", mahnt hierzu der türkische Menschenrechtsverein (IHD).

Im Hinblick auf diese unheilvolle Entwicklung stelle ich dem Regierungsrat folgende Fragen:

1. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, gegenüber den zuständigen Organen des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) die Besorgnis vieler Menschen, auch Bürger und Bürgerinnen unseres Landes, über die erneut drohende Eskalation des Kurdenkonflikts zum Ausdruck zu bringen?
2. Welche Möglichkeiten hat der Regierungsrat, die zuständigen Bundesorgane im Sinne einer aktiven Friedens- und Menschenrechtspolitik zu entsprechenden Schritten zu ermutigen?
3. Wie kann der Europarat, welchem die Schweiz angehört, zu geeigneten Demarchen gegenüber der Türkei als Mitgliedsland veranlasst werden?
4. Immer wieder kommt es vor, dass kriegsartige Konflikte in dem Herkunftsland der Migrantinnen und Migranten zu Quellen von schlimmstem Leid werden. Heute droht dies den Menschen aus der Türkei. In jüngster Vergangenheit war hiervon die tamilische Bevölkerung betroffen. In früheren Jahren betraf die Kriegsnot die Menschen aus verschiedenen Staaten des ehemaligen Jugoslawiens. Wie können da die zuständigen Behörden ermutigt werden, Einflussnahmen im Interesse des Friedens wahrzunehmen? Muss nicht der Einsatz für den Frieden in den Herkunftsgebieten zu jeder sinnvollen Migrationspolitik gehören?

Jürg Meyer